

Grenzverschiebungen

*Liebe*r Leser*in von Streit&Struntz,*

im Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. schauen wir gespannt auf die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am kommenden Sonntag. Wir erwarten mit Spannung die Wahlergebnisse und fragen uns, welche Auswirkungen diese insbesondere für die kommunale Ebene hier in unserer direkten Umgebung in der Altmark und für unsere kommunalen Beratungsprozesse in Sachsen-Anhalt allgemein haben werden.

*Unsere Kolleg*innen von der FH Erfurt Astrid Heck und Dr. Kerstin Schenkel bewegt ebenso die Frage nach den – auch längerfristigen – Entwicklungen auf kommunaler Ebene. Sie möchten gerne in dieser Ausgabe von Streit&Struntz sowie der anschließenden Online-Diskussion die Frage nach sogenannten Grenzverschiebungen zur Diskussion stellen. Ihre Arbeitsthese: Mit dem parlamentarischen Bedeutungszuwachs der AfD lassen sich auch auf kleinstädtischer Ebene Normalisierungseffekte im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien erkennen. Diese bestehen aus einer wachsenden Kooperationsbereitschaft und lassen nach den Folgen für die lokale Demokratie fragen. Sie schreiben dazu:*

Im Jahr 2014 zog die AfD zunächst als eurokritische Partei sowohl in das Europaparlament als auch in zehn Gemeindevertretungen und Stadträte ein. Im Zuge der großen Fluchtbewegungen im Sommer 2015 wandelte sich ihr Profil hin zu einer rechtspopulistischen in Teilen rechtsextremen Partei. Wenngleich das Medienecho auf den Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag 2017 enorm hoch, die Empörung groß war, normalisierte sich das Bild einer etablierten Partei rechts der CDU/CSU. Gleichzeitig mit dem spürbaren Abklingen medialer Aufregung ließen sich im Diskurs immer deutlicher werdende Grenzverschiebungen des Sagbaren im Bereich menschenfeindlicher Äußerungen beobachten. Diese verbalen Grenzverschiebungen und Normalisierungsprozesse äußern sich auch in der Übernahme rechtspopulistischer Rhetorik seitens einiger Politiker*innen etablierter Volksparteien. Den Anfang machte Horst Seehofer (CSU) 2018¹ mit seiner Einordnung der Migrationsfrage als „Mutter aller politischen Probleme“ und Christian Lindner (FDP) leitete aus Erfahrungen mit gebrochen Deutsch sprechenden Menschen unterschiedliche Kategorien von mal Illegalen mal Spezialisten für künstliche Intelligenz und die Forderung nach klaren Einwanderungsregeln ab².

Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten gibt einmal im Monat, an jedem ersten Freitag, einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum. Es lädt ein zu einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird. Das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

Die mit dieser Entwicklung einhergehenden Normalisierungseffekte und -prozesse spielen nicht nur Rechtspopulisten in die Hände, sondern treiben ebenso die Legitimation rechtspopulistischer Denkmuster voran. Beispielsweise lässt sich in der medialen Berichterstattung – was die Häufigkeit von Statements, parteiinternen Auseinandersetzungen u.ä. betrifft – immer häufiger ein gleichsetzender Umgang der AfD mit etablierten Volksparteien beobachten. Deutlich wird das auch in der parlamentarischen Arbeit. Wenngleich auf Bundes- und Landesebene etablierte Volksparteien eine Zusammenarbeit mit der AfD per Beschluss kategorisch ausschließen, kam es im Februar 2020 dennoch zu einer politischen Kooperation bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden der FDP Thomas Kemmerich im Thüringer Landtag zum Ministerpräsidenten mit den Stimmen von AfD, CDU und FDP. Eine Zusammenarbeit, die auf Bundes- und Landesebene als Tabu gilt, ist auf kleinstädtischer Ebene mancherorts normale Praxis. Hintergründe der

¹ <https://www.dw.com/de/seehofer-nennt-migration-mutter-aller-probleme/a-45377457> [2021-05-20].

² <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1088066.christian-lindner-nassforscher-populismus.html> [2021-05-20].

Kooperationen liegen zum Teil in der Wahrnehmung der AfD als einer in der Normalität angekommenen demokratischen Partei, zum Teil in sachbezogenem Pragmatismus oder auch in Praktikabilitätsgründen. So äußerten die Grünen im Bautzener Kreistag, dass die Praktikabilität der Abgrenzung zur AfD teilweise „unvereinbar mit den Verhältnissen vor Ort“ sei³. Und der Präsident der Sassnitzer Stadtvertretung und SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Benedict erklärte nach einem Debakel um gemeinsam geplante Anträge mit der AfD, er „sei angetreten, um mit allen zu reden, [...] die Leute hier würden mich sonst für bescheuert erklären“⁴. In Forst im südöstlichen Brandenburg hatte die Kooperation zwischen AfD und dem Linken-Fraktionschef Ingo Paeschke das Ziel, die Genehmigung für einen Neubau als Kinder- und Jugendzentrum zu erwirken und führte zu seinem Parteiausschluss. „Eine pauschale Abgrenzung nach rechts“ sei auf der lokal-politischen Ebene nicht möglich, so Paeschke⁵.

Vor diesem Hintergrund fragen wir nach den Folgen der Normalisierungsprozesse und der Etablierung der AfD als demokratischer Partei in der Lokalpolitik. Festzustellen ist, dass es jenseits der kommunalen politischen Praxis Ideen für einen Umgang mit auseinanderdriftenden Lebenswelten gibt, die - wie es Arlie Russel Hochschild im Kontext der extremen Rechten in den USA beschreibt⁶ - Empathiebrücken und Kommunikationspraxen in den Mittelpunkt rücken. Die Antonio-Amadeu-Stiftung hat zudem Instrumente und Empfehlungen für die parlamentarische Arbeit entwickelt, die Kommunen dabei unterstützt, eine Bühne für die AfD zu verhindern⁷. Wie aber umgehen mit der von uns beschriebenen Kleinstadtrealität, wenn die AfD Kooperationspartner und Teil des normalen bzw. normalisierten demokratischen Umgangs geworden ist? Welche Folgen hat das für die lokale Demokratie? Zu fragen bleibt auch, was Kommunen in dieser Situation brauchen, um langfristig empathiefähige, wertschätzende Kommunikationskulturen aufzubauen, die Vielfalt und Diversität bejahen und demokratiefeindlichem Denken und Handeln entgegenwirken.

*In unserer nächsten Online-Diskussion am **Montag, den 21. Juni 2021 von 16:00-17:00 Uhr** möchten wir gerne mit Ihnen und Euch diskutieren: Lassen sich die von den Autor*innen des Textes beschriebenen Grenzverschiebungen auf kleinstädtischer Ebene beobachten? Was hat sich verändert und warum? Im Gegensatz zu der empathischen Perspektive von Hochschild, auf die sich die beiden Wissenschaftlerinnen im Text u.a. beziehen, beschreiben beispielsweise Steven Levitzky und Daniel Ziblatt in ihrem Buch „Wie Demokratien sterben“⁸ die zentrale Bedeutung der Isolation und Verbannung antidemokratischer Kräfte und die Notwendigkeit der Bildung einer geschlossenen Front über Parteigrenzen hinweg, um die Demokratie zu schützen. Dagegen sieht der französische Soziologe und Politologe Philippe Corcuff in seinem gerade erschienenen Buch „La grande confusion“⁹ das Problem bei linken und emanzipatorischen Bewegungen, die zu der Diskursverschiebung dadurch beigetragen hätten, dass sie Überschneidungen mit rechtsextremen Gedanken und Konzepten zuließen und die Verknüpfung von gesellschaftlicher Emanzipation mit Sozialkritik verwischt hätten.*

*Wie gehen also Akteur*innen in den Kommunen mit den Veränderungen um? Unser Konfliktberater **Dr. Johannes Blatt** ist in einer Gemeindevertretung im ländlichen Brandenburg politisch aktiv und beobachtet wie sich ein Auseinanderdriften der Lebenswelten und eine kulturelle gesellschaftliche Polarisierung dort zunehmend zeigen. Nach dem Input von **Astrid Heck** und **Dr. Kerstin Schenkel** wird er seine Gedanken und Beobachtungen zur zunehmenden Polarisierung teilen, die er als eine der Ursachen für den Erfolg der AfD sieht. Wir möchten Sie herzlich dazu einladen im Anschluss eigene Fragen zu stellen, zu kommentieren und mitzudiskutieren.*

³ <https://www.zeit.de/2021/19/zusammenarbeit-mit-afd-kooperationen-kommunalpolitik> [2021-05-20].

⁴ ebd.

⁵ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/neuer-partei-zoff-um-genossen-in-forst-weiteren-linke-lokalpolitikern-droht-parteiausschluss-wegen-kooperation-mit-afd/26665152.html> [2021-05-20].

⁶ Hochschild, A. R. (2018): Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Bonn.

⁷ Amadeu Antonio Stiftung (2020): Demokratie verteidigen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Berlin.

⁸ Lewitzky, S. & Ziblatt, D. (2018): Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können. München.

⁹ Corcuff, P. (2021): La grande confusion: Comment l'extrême-droite gagne la bataille des idées? Paris.

Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich per E-Mail zum Online-Gespräch an: Lena Heuer heuer.konfliktberatung@vfb-saw.de. Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

Das [Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung](https://www.vfb-saw.de/projekte/kompetenzzentrum-kommunale-konfliktberatung/) bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.
Weitere Informationen: <https://www.vfb-saw.de/projekte/kompetenzzentrum-kommunale-konfliktberatung/>

Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ an.

Spendenkonto: Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC: NOLADE21SAW; Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.



Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Europäische Union



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES UND VERBRAUCHERSCHUTZ



Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration